



**Rede des Sprechers der UWG-Kreistagsgruppe,
Dr. Günter Kirstein anlässlich der Verabschiedung des
Kreishaushalts 2026 am 18.02.2026
(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort)**

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Schulze Pellengahr,
sehr geehrter Herr Kreisdirektor Dr. Tepe,
werte Kreistagskolleginnen und –kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir beraten heute den Haushalt 2026 des Kreises Coesfeld – und damit nichts Geringeres als die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Es geht uns heute nicht um abstrakte Zahlenkolonnen, sondern um die Frage, ob kommunale Selbstverwaltung hier, vor Ort noch Gestaltungsspielraum hat – oder nur noch Mangel verwaltet?

Die Landschaftsumlage – kaum beeinflussbar, aber voll zu zahlen.

Ein zentraler Belastungsfaktor bleibt die Landschaftsumlage an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe („LWL“). Jahr für Jahr steigen die Zahlungen, Jahr für Jahr schrumpft unser eigener Spielraum. Der Kreis ist hier nicht Verursacher, aber Durchleiter. Doch genau darin liegt das Problem: Wir reichen steigende Umlagen weiter – an Kommunen, die selbst kaum noch wissen, wie sie ihre Haushalte ausgleichen sollen.

Die Landschaftsumlage ist faktisch eine Pflichtabgabe ohne echte Steuerungsmöglichkeit für uns als Kreistag. Dennoch müssen wir uns politisch fragen: Wie lange kann dieses System noch tragen, ohne die kommunale Basis zu erodieren?

Die Eingliederungskosten – richtige Ziele, falsche Finanzierung.

Ein zweiter Kostentreiber sind die stetig wachsenden Eingliederungshilfen. Die Ausgaben für Menschen mit Behinderungen und Unterstützungsbedarf steigen kontinuierlich – aus guten Gründen, weil Teilhabe ein hohes Gut ist.

Aber die Frage ist doch: Wer bezahlt es?

Wenn Bund und Land Leistungsansprüche erweitern, wenn Standards steigen, wenn gesetzliche Verpflichtungen zunehmen, dann muss auch die Finanzierung vollständig gesichert sein. Genau hier greift das Prinzip der Konnexität: Wer bestellt, bezahlt.

In der Realität erleben wir jedoch etwas anderes. Die Kommunen – und damit auch der Kreis – tragen strukturelle Mehrkosten, während die Refinanzierung hinterherhinkt. Das ist keine nachhaltige Finanzpolitik, sondern eine schleichende Überforderung der kommunalen Ebene. Das ist auf Dauer nicht tragfähig.

Der ÖPNV – notwendig, aber unterfinanziert.

Auch beim ÖPNV, dem dritten Kostentreiber, stehen wir unter Druck. Mobilität im ländlichen Raum ist aber kein Luxus, sondern Voraussetzung für Teilhabe, Wirtschaftskraft und Klimaschutz. Doch steigende Betriebskosten, Investitionen in alternative Antriebe und Angebotsausweitungen treffen auf begrenzte Mittel. Wenn Land und Bund ambitionierte Ziele formulieren, müssen sie auch die finanzielle Verantwortung übernehmen. Sonst bleibt der Kreis zwischen Anspruch und Wirklichkeit gefangen – und die Finanzierung landet wieder bei der Kreisumlage.

Unsere elf kreisangehörigen Städte und Gemeinden kämpfen mit:

- wachsenden Sozialausgaben
- Investitionsstau bei Schulen, Kitas und Infrastruktur

- steigenden Bau- und Energiekosten
- Pflichtaufgaben ohne ausreichende Gegenfinanzierung

Und in dieser Lage muss die Kreisumlage letztlich erhöht werden. Ja, viele Kosten sind nicht hausgemacht. Aber für die kommunalen Haushalte macht das keinen Unterschied. Jede Erhöhung reduziert vor Ort den Spielraum für Investitionen, für Vereinsförderung, für Infrastruktur – kurz: für kommunale Gestaltung.

Mit dem Bürokratie-Abbau – endlich ernst machen

Wir brauchen eine echte Entbürokratisierung. Weniger Doppelprüfungen, weniger Berichtspflichten, schnellere Verfahren. Jede Stunde, die in unnötige Verwaltung fließt, fehlt bei der Bürgernähe.

Einheitliche IT-Software – Effizienz statt Insellösungen

Ein konkreter Schritt wäre eine einheitliche IT-Software von Kreis und allen elf Kommunen. Warum leisten wir uns parallele Systeme, unterschiedliche Schnittstellen, Mehrfachentwicklungen? Eine gemeinsame digitale Infrastruktur würde:

- Kosten senken
- Prozesse vereinheitlichen
- Datensicherheit verbessern
- Verwaltungsabläufe beschleunigen

Digitalisierung darf nicht nur ein Schlagwort bleiben – sie muss strukturelle Effizienzgewinne bringen.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist kein Wunschhaushalt. Er ist ein Pflicht-Haushalt. Er ist geprägt von Umlagen, Transferleistungen und gesetzlich vorgegebenen Standards. Trotz unserer Kritik wird ihm die UWG im Kreis Coesfeld zustimmen. Nicht, weil wir zufrieden sind – sondern weil uns Handlungsfähigkeit wichtig ist

Lassen Sie uns diesen Haushalt nicht nur beschließen, sondern als Signal verstehen – nach Düsseldorf und Berlin: Die kommunale Ebene ist das Fundament unseres Staates. Wenn Kreise und Kommunen finanziell ausbluten, gerät das gesamte System unter Druck. Der Kreis Coesfeld steht zu seinen Aufgaben. Aber er braucht verlässliche Rahmenbedingungen.

Die UWG - Gruppe im Kreistag des Kreises Coesfeld versteht diesen Haushalt als einen Ausdruck von Verantwortung – und zugleich auch als einen Weckruf!

Zum Abschluss möchte ich noch unseren herzlichen Dank richten an Frau Grotke und das gesamte Team, für die Aufstellung dieses sehr übersichtlichen und nachvollziehbaren Haushalts.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Dr. Günter Kirstein

Gruppensprecher

UWG – Gruppe im Kreistag des Kreises Coesfeld